

An den Sozialausschuss – Landtag SH
Drucksache 19/226

Betreff: "Bundeseinheitliche Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln"
Stellungnahme pro familia Lübeck, Projekt: „biko – Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung“

Sehr geehrte Damen und Herren,
in der Angelegenheit einer bundeseinheitlichen Regelung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln hat uns der Sozialausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages um eine Stellungnahme gebeten. Wir bedanken uns für diese Anfrage und nehmen diese Gelegenheit gern wahr.

Das **Menschenrecht auf Familienplanung**, also das Recht aller Menschen, frei und eigenverantwortlich über Zahl und Zeitpunkt ihrer Kinder zu entscheiden, wurde erstmals 1968 in die Proklamation der Internationalen Konferenz über Menschenrechte von den Vereinten Nationen in Teheran aufgenommen. 1994 auf der UN Weltbevölkerungskonferenz in Kairo wurde von der Staatengemeinschaft erstmals ein Recht auf „sexuelle und reproduktive Gesundheit“, d.h. auf umfassendes Wohlergehen in allen Belangen von Sexualität und Fortpflanzung für alle anerkannt. Eingeschlossen ist auch das Recht von Frauen und Männern, Zugang zu freigewählten, gesundheitlich verträglichen, sicheren, wirksamen und individuell akzeptablen Verhütungsmethoden zu haben sowie das Recht auf qualitativ hochwertige Informationen und Beratung für sexuelle und reproduktive Gesundheit.

In den Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen heißt es unter Ziel Nummer 5 außerdem: „Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen“ und Unterziel 5.6. konkretisiert die Vorgabe: „Den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten, wie im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, der Aktionsplattform von Beijing und den Ergebnisdokumenten ihrer Überprüfungskonferenzen vereinbart.“

Die WHO hat zudem Leitlinien und Empfehlungen entwickelt, wie die Sicherstellung der Menschenrechte bei der Bereitstellung von Informationen und Diensten im Bereich der Verhütung berücksichtigt werden können (www.who.int/reproductivehealth/publications/family_planning/human-rights-contraception/en/, eine Übersetzung ins Deutsche erscheint im Frühjahr 2018).

Da es bislang keine bundesweit einheitliche Lösung zur Kostenübernahme von Verhütungsmitteln gibt, hat sich der pro familia Bundesverband 2015 mit einer Kampagne für den Rechtsanspruch auf kostenfreie Verhütungsmittel für Menschen mit geringem Einkommen eingesetzt.

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Aus diesem Engagement heraus hat der pro familia Bundesverband das Modellprojekt "biko – Beratung, Information, Kostenübernahme bei Verhütung" entwickelt, das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert (BMFSFJ) wird. Damit sollen Möglichkeiten einer bundesweiten, einheitlichen Lösung ausgelotet und eine gute Praxis erprobt werden. Das Projekt hat eine Gesamtlaufzeit von Oktober 2016 bis November 2019 und wird wissenschaftlich begleitet. Vorrangiges Ziel des Projektes ist es, einen niedrigschwelligen Zugang zu sicheren, selbstgewählten verschreibungspflichtigen Verhütungsmitteln für Frauen mit niedrigem Einkommen zu schaffen. pro familia Lübeck ist einer von sieben regionalen Standorten des bundesweiten Angebotes und wird bis zum 31.3.2019 gefördert. Im Projekt werden Verfahren der Kostenübernahme erprobt und es werden qualifizierte Beratungsangebote für Klient*innen gemacht. Eine Kostenübernahme erhalten Frauen, die an einem der sieben biko-Projektstandorte wohnen, mindestens 20 Jahre alt sind und Sozialleistungen nach dem SGB II, SGB XII, § 6a BKGG, BAföG, Berufsausbildungshilfen BAB, Wohngeld, Asylbewerberleistungsgesetz beziehen oder deren Einkommen unter der Armutsgrenze liegt. Die Kostenübernahme gilt für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel und die Pille danach (nur mit Rezept). Für Barrieremethoden und die Sterilisation von Mann und Frau ist keine Kostenübernahme möglich.

Die Erfahrungen des ersten Jahres zeigen, dass das Angebot des Modellprojektes biko für viele anspruchsberechtigte Frauen eine große Entlastung darstellt und von ihnen als sehr positiv wahrgenommen wird. Entsprechend ist die Anzahl der Frauen, die sich an uns wenden, sehr hoch.

Damit möglichst viele Frauen von der Kostenübernahme profitieren können, kooperieren wir mit Ärzt*innen, Apothekern*innen und Multiplikator*innen. Die pro familia Beratungsstelle ist in Lübeck seit über 40 Jahren präsent und sehr gut vernetzt, das hat sich als sehr hilfreich bei der Bekanntmachung des Angebotes und der Gewinnung der Kooperationspartner*innen erwiesen. Nahezu alle Apotheken und Arztpraxen vor Ort arbeiten mit uns zusammen.

Unabhängig von der Kostenübernahme bieten wir auch eine psychosoziale Verhütungsberatung an. Wir beraten vertraulich zu Fragen wie: Was tun bei Verhütungsspannen? Oder: Mein Partner möchte nicht verhüten – wie soll ich mich verhalten? Aber auch: Wo finden sich Informationen zu Fragen zum Beipackzettel oder Nebenwirkungen der Pille? Ein gut erreichbares Beratungsangebot und verständliche Informationen zum Thema Verhütung sind notwendig für eine selbstbestimmte Entscheidung der Klient*innen. Wir machen gute Erfahrungen damit, Hürden im Zugang zu Information und Beratung abzubauen: Wir haben deshalb auch Informationen in leichter Sprache entwickelt und sind sensibel für weitere Barrieren im Zugang für Menschen mit Behinderungen. Wir haben außerdem die Möglichkeit, Videodolmetscher*innen über eine Plattform zuzuschalten, sodass sich auch Frauen und Männer beraten lassen können, die kein Deutsch sprechen.

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Im Modellprojekt biko machen wir die Erfahrung, dass die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln mehr ist als ein Verwaltungsakt. Das Thema Verhütung hat immer mit den persönlichen und intimen Themen Sexualität und Partnerschaft zu tun. Wir erfahren in der täglichen Arbeit, dass bürokratische Verwaltungsvorschriften einer Thematisierung hier im Weg stehen und sie Hürden im Zugang bedeuten können.

Unsere Erfahrung zeigt auch, dass Verhütung heute selbstverständlich nicht nur Frauensache ist. Wir haben Anfragen von Männern, die sich aktiv um Verhütung kümmern möchten, denen wir im Modellprojekt aber kein Angebot einer Kostenübernahme machen können, ebenso bei Anfragen für Barrieremethoden oder die Sterilisation.

Wir unterstützen die Forderung nach einer bundeseinheitlichen Regelung für die Kostenübernahme von Verhütungsmitteln (auch Notfallkontrazeptiva) unabhängig vom Wohnort. Aufgrund unserer Erfahrungen im Modellprojekt möchten wir betonen, wie wichtig ein qualifiziertes psychosoziales Beratungsangebot zu Verhütung, Sexualität, Familienplanung und den Rechten auf sexuelle und reproduktive Gesundheit ist.

Annemarie Potthoff
(Leiterin der Beratungsstelle)

biko ist ein Modellprojekt und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.